

# **WORT HALTEN**

**MEHR DEUTSCHES  
ENGAGEMENT FÜR DIE  
MILLENNIUMSENTWICKLUNGSZIELE!**

**FORDERUNGEN UND  
HINTERGRUNDINFORMATIONEN  
DER AKTION**

**DEINE STIMME GEGEN ARMUT**



**MILLENNIUMSENTWICKLUNGSZIELE  
HALTET DIE  
VERSPRECHEN!**

VENRO ist der Bundesverband entwicklungspolitischer Nichtregierungsorganisationen (NRO). Ihm gehören 116 deutsche NRO an, die in der privaten oder kirchlichen Entwicklungszusammenarbeit, der Nothilfe sowie der entwicklungspolitischen Bildungs-, Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit tätig sind.

**DEINE STIMME GEGEN ARMUT** ist eine gemeinsame Aktion von VENRO, dem Künstler Herbert Grönemeyer und befreundeten Fachleuten aus der PR- und Medienbranche. Die Aktion fordert von der Bundesregierung mehr Engagement zur Umsetzung der Millenniumsentwicklungsziele (MDG) bis zum Jahr 2015. Die Aktion versteht sich als Teil der internationalen Kampagne **Global Call to Action against Poverty (GCAP)**. Weltweit ist das „Weiße Band“ das Symbol der Kampagne.

## VENRO-Mitgliedsorganisationen (Stand: Mai 2008)

action medeor – Deutsches  
Medikamenten Hilfswerk  
ADRA Deutschland e.V.  
afrika action Deutschland\*  
Ärzte der Welt  
Ärzte für die Dritte Welt  
Ärzte ohne Grenzen \*  
AeJ – Arbeitsgemeinschaft der  
Evangelischen Jugend  
AGEE – Arbeitsgemeinschaft  
Entwicklungsethnologie\*  
AGEH – Arbeitsgemeinschaft  
für Entwicklungshilfe  
agl – Arbeitsgemeinschaft der  
Eine-Welt Landesnetzwerke  
Akademie Klausenhof  
Aktion Canchanabury  
Andheri-Hilfe Bonn  
Arbeiter Samariter  
Bund Deutschland  
ASW – Aktionsgemeinschaft  
Solidarische Welt  
AWO International  
AT-Verband \*

BDKJ – Bund der Deutschen  
Katholischen Jugend  
Behinderung und  
Entwicklungszusammenarbeit\*  
BEI – Bündnis Eine Welt  
Schleswig Holstein  
Bundesvereinigung Lebenshilfe  
für Menschen mit geistiger  
Behinderung\*  
Brot für die Welt  
Bruderschaft Salem GmbH –  
Christliches gemeinnütziges  
Hilfswerk\*

CARE Deutschland-Luxemburg  
Casa Alianza Kinderhilfe Guatemala  
CCF Kinderhilfswerk  
Christliche Initiative Romero  
Christoffel-Blindenmission

Das Hunger Projekt e.V.  
DEAB – Dachverband entwick-  
lungspolitischer Aktionsgruppen  
in Baden-Württemberg  
DESWOS – Deutsche

Entwicklungshilfe für soziales  
Wohnungs- und Siedlungswesen  
Deutsche Kommission Justitia  
et Pax  
Deutsche Lepra- und  
Tuberkulosehilfe (DAHW)  
Deutsche Stiftung  
Weltbevölkerung  
Deutsche Welthungerhilfe  
Deutscher Caritasverband –  
Caritas International  
Deutscher Paritätischer  
Wohlfahrtsverband AK  
„Parität International“  
Deutsches Blindenhilfswerk  
Deutsches Komitee  
Katastrophenvorsorge \*  
Deutsches Rotes Kreuz –  
Generalsekretariat \*  
DGB-Bildungswerk –  
Nord-Süd-Netz  
Die Lichtbrücke  
DIFÄM – Deutsches Institut  
für Ärztliche Missionen  
Dritte Welt JournalistInnen Netz

EED – Evangelischer  
Entwicklungsdienst  
Eine Welt Netz NRW  
Eine Welt Netzwerk Hamburg  
EIRENE – Internationaler  
Christlicher Friedensdienst

Evangelische Akademien  
in Deutschland

FIAN Deutschland

Gemeinschaft Sant Egidio  
Germanwatch Nord-Süd-Initiative

Handicap International  
HelpAge Deutschland  
Hildesheimer Blindenmission\*  
Hilfswerk der deutschen Lions  
humedica

ILD – Internationaler Ländlicher  
Entwicklungsdienst  
Indienhilfe Herrsching

INKOTA – Ökumenisches Netzwerk  
Internationaler Hilfsfonds  
Internationaler Verband West-  
fälischer Kinderdörfer  
Islamic Relief Deutschland

Johanniter-Unfall-Hilfe –  
Johanniter International  
Jugend Dritte Welt

Kairos Europa – Unterwegs zu  
einem Europa für Gerechtigkeit  
Karl Kübel Stiftung für Kind  
und Familie  
KATE – Kontaktstelle für  
Umwelt und Entwicklung –  
Berlin Kindernothilfe

Lateinamerika-Zentrum

Malteser International  
Marie-Schlei-Verein  
materia – Stiftung Frau und  
Gesundheit

Medica mondiale  
medico international  
Miseor Bischöfliches Hilfswerk  
Missionszentrale  
der Franziskaner \*

Nationaler Geistiger Rat  
der Bahà'i in Deutschland  
NETZ – Partnerschaft für  
Entwicklung und Gerechtigkeit

ÖEIW – Ökumenische Initiative  
Eine Welt  
OIKOS Eine Welt  
Opportunity International  
Deutschland  
ORT Deutschland  
Oxfam Deutschland

Peter-Hesse-Stiftung – Solidarität  
in Partnerschaft für eine Welt  
Plan international Deutschland

Rhein-Donau Stiftung\*  
Rotary Deutschland  
Gemeindienst \*

Samhathi – Hilfe für Indien\*  
Save the Children Deutschland\*  
Senegalhilfe-Verein  
SES – Senior Experten Service  
SID – Society for International  
Development  
SODI – Solidaritätsdienst  
International  
Sozial- und Entwicklungshilfe  
des Kolpingwerkes Stiftung  
Entwicklung und Frieden  
Stiftung Nord-Süd-Brücken  
Susila Dharma – Soziale Dienste  
Südwind – Institut für Ökonomie  
und Ökumene

Terra Tech – Förderprojekte  
Dritte Welt  
terre des hommes  
Bundesrepublik Deutschland  
Tierärzte ohne Grenzen \*  
TransFair – Verein zur Förderung  
des Fairen Handels mit der  
„Dritten Welt“

UNICEF Deutschland\*

VEN – Verband Entwicklungspolitik  
Niedersachsen  
VENROB – Verbund  
entwicklungspolitischer  
Nichtregierungsorganisationen  
Brandenburgs

Weltfriedensdienst  
Welthaus Bielefeld  
Weltladen-Dachverband.  
Weltnotwerk der KAB  
Westdeutschlands  
Werkhof Darmstadt  
Werkstatt Ökonomie  
World Vision Deutschland  
W. P. Schmitz Stiftung  
WUS – World University Service –  
Deutsches Komitee

Zukunftsstiftung Entwicklungshilfe  
bei der GLS Treuhand

\*) Gastmitglied

### IMPRESSUM

#### Verband Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen e.V. (VENRO)

Dr. Werner-Schuster-Haus  
Kaiserstr. 201  
53113 Bonn  
Telefon: (0228) 94677-0  
Fax: (0228) 94677-99  
E-Mail: sekretariat@venro.org  
Internet: www.venro.org

Aktionsbüro „Deine Stimme gegen Armut“  
Postfach 040140  
10061 Berlin  
Telefon (030) 24632105  
Fax: (030) 24781574  
E-Mail: deinestimmegegenarmut@venro.org  
Internet: www.deine-stimme-gegen-armut.de

Redaktion: Ulrich Schlenker (V.i.S.d.P.), Stefan Kreuzberger  
Endredaktion: Kirsten Prestin  
Bonn und Berlin, Juni 2008

Im September 2000 haben die 189 Staats- und Regierungschefs der Vereinten Nationen (UN) die Millenniumserklärung verabschiedet. Aus der Erklärung wurden acht Millenniumsentwicklungsziele (MDG) abgeleitet. Die MDG sind zum zentralen Referenzrahmen der nationalen und internationalen Entwicklungspolitik geworden. Auch die Bundesregierung hat ihre Entwicklungspolitik danach ausgerichtet.

Die genaue Definition der MDG hat der damalige UN-Generalsekretär Kofi Annan im September 2001 in seinem Bericht **Road map towards the implementation of the United Nations Millennium Declaration** vorgelegt. Neben den acht Hauptzielen wurden 18 Unterziele sowie 48 Indikatoren zur Umsetzung der MDG bis 2015 festgelegt. Mehr als die Hälfte der Zeit ist bereits abgelaufen. Versprochenes staatliches Engagement ist zum größten Teil ausgeblieben und zugesagte Gelder sind nicht in ausreichendem Maße geflossen. Sollte dies auch in Zukunft so bleiben, haben viele Länder – insbesondere in Afrika südlich der Sahara – nicht annähernd die Chance, eine Verbesserung ihres Status quo zu erreichen.

Die fristgerechte Erreichung der MDG ist ein unabdingbarer Schritt, um die Lebenssituation eines großen Teils der Weltbevölkerung zu verbessern. Aus Sicht der entwicklungspolitischen Nichtregierungsorganisationen (NRO) sind die MDG jedoch nur Zwischenziele auf dem Weg zur Beseitigung der Armut. Die MDG und ihre Konzentration auf meist quantitative Entwicklungsziele, können kein Ersatz für einen umfassenden Entwicklungsansatz sein, wie er im Leitbild einer ökologisch tragfähigen und sozial gerechten Entwicklung formuliert ist.

**VENRO** und die Aktion

**DEINE STIMME GEGEN ARMUT**



Mit der Aktion »**DEINE STIMME GEGEN ARMUT**« fordert der Verband Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen (VENRO) zusammen mit dem Künstler Herbert Grönemeyer sowie befreundeten Fachleuten aus der PR- und Medienbranche die fristgerechte Umsetzung der MDG. Die Aktion ist der deutsche Beitrag zur weltweiten Kampagne **Global Call to Action against Poverty** (GCAP), einem zivilgesellschaftlichen Bündnis, das in über 100 Ländern aktiv ist. Weltweit ist das »Weiße Band« das gemeinsame Zeichen im Kampf gegen Armut.

Die Mitgliedsorganisationen von VENRO und die darin zusammengeschlossenen NRO-Landesnetzwerke - etwa 2.000 Organisationen - sind seit Jahren in der Bekämpfung der Armut engagiert. Zusammen mit ihren Partnern aus Afrika, Asien und Lateinamerika werden Projekte und Programme der unmittelbaren Armutsbekämpfung in den Sektoren Gesundheit, Bildung, ländliche Entwicklung und Demokratieförderung gefördert.

Dafür stellen die VENRO-Mitglieder jährlich rund eine Milliarde Euro zur Verfügung. Drei Viertel dieser Summe werden aus privaten Mitteln wie Spenden, Kirchensteuern und Stiftungsgeldern aufgebracht.

Immer mehr spielt auch der fachliche Austausch und die gemeinsame politische Arbeit der VENRO-Mitglieder und ihrer Südpartner eine wichtige Rolle. Gemeinsam werden Positionen entwickelt und in den politischen Dialog eingebracht, um die nationalen und internationalen Rahmenbedingungen zu Gunsten der Armen zu verbessern.

VENRO und seine Mitglieder fordern daher nichts, was sie nicht selbst bereit sind zu leisten: Aufbringung erheblicher finanzieller Mittel, eine klare Orientierung an der Armutsbekämpfung und die Schaffung günstiger Rahmenbedingungen, um politisch Einfluss zu nehmen.

# DIE MILLENNIUMS- ENTWICKLUNGSZIELE IM EINZELNEN

1

## Hunger und extreme Armut beseitigen

### DIE SITUATION

Eine Milliarde Menschen müssen mit einem Einkommen von weniger als einem US-Dollar am Tag ihr Leben bestreiten. Über 850 Millionen Menschen können ihren täglichen Energiebedarf von mindestens 1.800 Kalorien nicht decken: sie hungern. 300 Millionen von ihnen sind Kinder. Weniger als ein Zehntel sind Opfer einer vorübergehenden Notsituation, mehr als 90 Prozent leiden an dauerhafter Mangelernährung. Täglich sterben etwa 24.000 Menschen an den Folgen von Hunger und Unterernährung.

### DAS ZIEL

Der Anteil der Weltbevölkerung, der weniger als einen US-Dollar täglich zur Verfügung hat, soll bis 2015 halbiert werden. Der Anteil der hungernden Menschen soll ebenfalls bis 2015 halbiert werden. Alle Menschen sollen eine produktive und menschenwürdige Beschäftigungsmöglichkeit erhalten.

2

## Grundschulbildung für alle Kinder

### DIE SITUATION

Etwa 72 Millionen Kinder weltweit haben keinen Zugang zu Grundschulbildung. Besonders in den afrikanischen Ländern liegt die Chance für Kinder, zur Schule zu gehen, nur bei etwa 60 Prozent.

### DAS ZIEL

Bis zum Jahr 2015 soll sichergestellt werden, dass alle Kinder weltweit eine Grundschule besuchen können.

3

## Gleichstellung und Stärkung der Rolle der Frauen

### DIE SITUATION

Zwei Drittel aller Menschen, die nicht lesen und schreiben können, sind Frauen – mehr als 500 Millionen. Mehr als 40 Prozent der Frauen in Afrika haben keine Grundschulbildung. Zwar ist die Beschäftigtenzahl von Frauen in vielen Regionen der Welt angestiegen, doch weltweit verdienen Frauen im Durchschnitt 20 bis 50 Prozent weniger als Männer.

### DAS ZIEL

Die Geschlechterungleichheit in der Primär- und Sekundarschulbildung bis 2005 zu beseitigen, auf allen Bildungsebenen bis zum Jahr 2015.

# 4

## **Kindersterblichkeit verringern**

### **DIE SITUATION**

Weltweit sterben jedes Jahr fast zehn Millionen Kinder vor ihrem fünften Geburtstag. Mehr als die Hälfte davon stirbt an Unterernährung und vermeidbaren Krankheiten, die durch verschmutztes Trinkwasser verursacht werden.

### **DAS ZIEL**

Die Sterblichkeitsrate von Kindern unter fünf Jahren soll bis 2015 um zwei Drittel gesenkt werden.

# 5

## **Die Gesundheit von Müttern verbessern**

### **DIE SITUATION**

In armen Ländern ist eine Geburt lebensgefährlich: Eine von 48 Müttern stirbt bei der Entbindung. Das Risiko für eine Frau während der Schwangerschaft oder bei der Geburt zu sterben, liegt in afrikanischen Ländern südlich der Sahara bei 1:16, in reichen Ländern bei 1:3.800.

### **DAS ZIEL**

Die Müttersterblichkeitsrate soll bis zum Jahr 2015 um drei Viertel gesenkt und der allgemeine Zugang zu Maßnahmen der reproduktiven Gesundheit sichergestellt werden.

# 6

## **HIV/AIDS, Malaria und andere Krankheiten bekämpfen**

### **DIE SITUATION**

Im Jahr 2007 haben sich weltweit rund 2,5 Millionen Menschen neu mit dem HI-Virus infiziert. Mehr als 33 Millionen Menschen leben mit dem tödlichen Virus. Alle 30 Sekunden stirbt in Afrika ein Kind an Malaria, weltweit sind es jährlich etwa drei Millionen Menschen. Seit Mitte der 90er Jahre hat sich die Zahl der Tuberkulose-Kranken verdreifacht.

### **DAS ZIEL**

Die Zunahme von HIV-Neuinfektionen und die Ausbreitung von Malaria und anderen Krankheiten sollen bis zum Jahr 2015 gestoppt werden und eine Trendumkehr eingeleitet sein.

# 7

## **Nachhaltigen Umgang mit der Umwelt sichern**

### **DIE SITUATION**

Mehr als eine Milliarde Menschen haben keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser und rund 2,6 Milliarden Menschen verfügen über keine sanitäre Grundversorgung. Rund fünf Millionen Menschen sterben jährlich weltweit an Krankheiten wie Cholera und Durchfall. Hauptgrund ist verunreinigtes Wasser.

### **DAS ZIEL**

Der Anteil der Weltbevölkerung, der kein sauberes Trinkwasser zur Verfügung hat, soll bis 2015 halbiert werden. Die Lebensbedingungen von mindestens 100 Millionen Slumbewohnern sollen bis 2020 erheblich verbessert werden. Die Grundsätze der nachhaltigen Entwicklung sollen in die Politik der einzelnen Länder eingebunden werden. Der Verlust der Biodiversität soll verringert werden.

**DIE SITUATION**

Für die Verwirklichung der Millenniumsentwicklungsziele müssten derzeit etwa 150 Milliarden US-Dollar pro Jahr an Mitteln für Entwicklungszusammenarbeit aufgebracht werden. 2007 standen jedoch insgesamt nur 104 Milliarden US-Dollar zur Verfügung, Tendenz sinkend. Während die Industrieländer ihre Entwicklungshilfeausgaben zusammenstreichen, sind die Rüstungsausgaben 2007 auf 1.339 Milliarden US-Dollar gestiegen.

Zinsen und Tilgungszahlungen für Auslandsschulden entziehen armen Ländern weitere Mittel, die für die Befriedigung der Grundbedürfnisse ihrer Bevölkerung notwendig sind.

Internationale Handelsabkommen begünstigen meist nur die Industrieländer. Während arme Länder zur Marktöffnung gezwungen werden, können Industrieländer mit Subventionen und anderen Mitteln Agrarimporte aus Entwicklungsländern behindern.

**DAS ZIEL**

Das Handels- und Finanzsystem soll partnerschaftlich weiterentwickelt werden und die Verpflichtung zu guter Regierungsführung, Entwicklung und Konzentration auf Armutsbekämpfung umfassen. Die am wenigsten entwickelten Länder (LDC) sollen besonders berücksichtigt werden. Dazu gehört der zoll- und quotenfreie Marktzugang für die Exportgüter dieser Länder, ein verstärkter Schuldenerlass für die hoch verschuldeten armen Länder, die Streichung der bilateralen öffentlichen Schulden und zusätzliche Entwicklungsgelder für Länder, die sich in besonderem Maße der Armutsbekämpfung widmen.

Auf nationaler und internationaler Ebene soll an der langfristigen Tragfähigkeit der Schulden armer Länder gearbeitet werden. Junge Menschen sollen eine menschenwürdige und produktive Arbeit ausüben können. Unentbehrliche Medikamente sollen in Kooperation mit Pharmaunternehmen auch in armen Ländern verfügbar und bezahlbar sein. Das Gleiche gilt für neue Technologien aus den Bereichen Information und Kommunikation.

**Die fristgerechte Verwirklichung der MDG ist vor allem eine Frage des politischen Willens. Sowohl die Regierungen, als auch die Wirtschaft und die Zivilgesellschaft in Industrie- und Entwicklungsländern müssen zu raschem Handeln bereit sein.**

# MILLENNIUMSENTWICKLUNGSZIELE HALTET DIE VERSPRECHEN!

## APPELL

### DEINE STIMME GEGEN ARMUT

Alle drei Sekunden stirbt ein Kind an den Folgen extremer Armut. Dieses Sterben muss verhindert werden. Daher fordern wir von Regierungen und Parlamenten der Industrie- und Entwicklungsländer, insbesondere von der Bundesregierung und dem Bundestag: Halten Sie Wort! Zeigen Sie den politischen Willen und die Bereitschaft zu raschem Handeln, um die Millenniumsentwicklungsziele fristgerecht zu verwirklichen. Setzen Sie konsequent die Zusagen für mehr und bessere Entwicklungszusammenarbeit, einen gerechten Welthandel und einen Schuldenerlass für arme Länder in konkrete Maßnahmen um. Verbessern Sie die Gesundheits- und Bildungssituation und unterstützen Sie aktiv Demokratisierungsprozesse in den Entwicklungsländern. Auch die Privatwirtschaft und andere Akteure müssen ihre Beiträge zur Bekämpfung von weltweiter Armut und Ungerechtigkeit leisten.

## WIR FORDERN

- 1** Mehr und bessere Entwicklungszusammenarbeit!
- 2** Mehr Demokratie und Bekämpfung von Korruption!
- 3** Ländliche Entwicklung fördern und Hunger bekämpfen!
- 4** Bildung für alle!
- 5** Gesundheit für jeden!
- 6** Mehr Gerechtigkeit im Welthandel!
- 7** Schulden streichen!
- 8** Rolle der Frauen stärken und Geschlechtergerechtigkeit schaffen!
- 9** Auswirkungen des Klimawandels stoppen!
- 10** Frieden und Sicherheit schaffen!

# IM EINZELNEN

1

## Mehr und bessere Entwicklungszusammenarbeit!

Armutsbekämpfung und Verwirklichung der Menschenrechte sind die zentralen Aufgaben der deutschen Entwicklungspolitik. Damit Hilfe zur Selbsthilfe wirkungsvoll bei den armen und ärmsten Menschen ankommt, sind Reformen in der bi- und multilateralen Entwicklungszusammenarbeit (EZ) erforderlich. Sie müssen auf eine verbesserte Koordination, einen effektiveren Einsatz der Mittel, Instrumente und Organisationen sowie eine vertiefte Partizipation der Menschen in den Entwicklungsländern ausgerichtet sein.

- Das Ziel der EZ muss sein, die **Eigenverantwortlichkeit** der Länder des Südens für ihre Entwicklung zu stärken (**Ownership**). Die Bundesregierung sollte in den Verhandlungen mit den Regierungen von Entwicklungsländern auf die **Stärkung demokratischer Strukturen**, demokratischer Institutionen (Parlamente) und auf erhöhte Partizipationsmöglichkeiten der Zivilgesellschaft drängen.
- Die EZ der Bundesregierung muss **effektiver, wirtschaftlicher und wirksamer** werden. Dafür muss sie die Zusammenarbeit mit anderen bilateralen und multilateralen Gebern besser koordinieren, überflüssige bürokratische Prozeduren abbauen und einen stärkeren Schwerpunkt auf die langfristige Förderung von armutsrelevanten Sektoren setzen.
- Für eine effektive Armutsbekämpfung muss das entwicklungspolitische **Kohärenzgebot** beachtet und umgesetzt werden. Das bedeutet, dass andere Politikfelder, wie die Handels, Agrar- und Sicherheitspolitik keinesfalls die Ziele der Entwicklungspolitik konterkarieren dürfen.
- Die Bundesregierung sollte das Instrument **Budgethilfe** unter bestimmten Bedingungen zielgerichtet und verstärkt anwenden. Die finanzielle Unterstützung der Staatshaushalte armer Länder kann ein wirksames Instrument für mehr Eigenverantwortung der Entwicklungsländer darstellen (**Ownership**). Budgethilfe kann eine armutsrelevante Wirkung aber nur dann entfalten, wenn durch demokratische Partizipation und transparente Strukturen vor Ort gesichert wird, dass die Haushaltsmittel tatsächlich bei den Betroffenen ankommen. Insbesondere im **Bildungs- und Gesundheitsbereich** benötigen arme Länder langfristige finanzielle Planungssicherheit, um Reformen durchführen und eine Infrastruktur aufbauen zu können.
- Die Forderung, Entwicklungshilfeleistungen mit Aufträgen an Unternehmen aus dem jeweiligen Geberland zu koppeln (**Lieferbindung**), muss vollständig abgeschafft werden. Maßstab für die Aufteilung der Entwicklungshilfemittel in die bilaterale Zusammenarbeit einerseits und die multilaterale Hilfe andererseits muss in erster Linie die **effektive und transparente Verwendung** dieser Mittel im Sinne der Armutsbekämpfung und der anderen Entwicklungsziele sein.
- Die **Weltbank** muss ihre Richtlinien und die konkrete Praxis auf die Finanzierung und Förderung von Grunddienstleistungen in den Sektoren Bildung, Gesundheit, Wasser und Infrastruktur ausrichten. Davon profitieren vor allem ärmere Bevölkerungsgruppen. Deshalb muss die Bundesregierung als einer der großen Anteilseigner der Bank ihren Einfluss geltend machen und auf eine Änderung drängen. Investitionen der Weltbank im Energiebereich müssen konsequent regenerative Energieträger fördern.

Die acht wichtigsten Industrieländer (G8-Länder) haben im Jahr 2005 versprochen, ihre **öffentliche Entwicklungshilfe (ODA)** bis zum Jahr 2010 um 50 Milliarden US-Dollar

**aufzustocken und die Hilfe für Afrika zu verdoppeln. Deutschland will laut dem EU-Stufenplan vom Mai 2005 folgende Stufen erreichen: 0,51 Prozent des Bruttonationaleinkommens (BNE) im Jahr 2010 und 0,7 Prozent im Jahr 2015. Ein lobenswerter Plan. Allerdings ist bis heute unklar, wie er umgesetzt werden soll. Die bisherigen Steigerungen der Entwicklungshilfe reichen dafür nicht aus.**

- Die Bundesregierung muss ihre Versprechen einhalten und mindestens die Mittel zur Erfüllung des **EU-Stufenplans vom Mai 2005** und zur Erreichung des 0,7 Prozent-Ziels bereitstellen. Die Bundesregierung muss hierzu einen verbindlichen Aktionsplan vorlegen, der aussagt, welche Stufen, in welchem Jahr erreicht werden sollen.
- Keine Taschenspielertricks: Die Ziele müssen durch zusätzliche Finanzmittel (**fresh money**) und nicht durch eine Anrechnung von erfolgten Entschuldungen erreicht werden. Die ODA-Leistungen müssen die realen Finanztransfers an die Entwicklungsländer widerspiegeln. Hierzu müssen die **ODA-Kriterien** entsprechend überarbeitet werden.
- Die Bundesregierung muss – neben der Erhöhung der Mittel für Entwicklungszusammenarbeit im Bundeshaushalt – schnellstmöglich **innovative Instrumente** der Entwicklungsfinanzierung einführen, beispielsweise eine Kerosinsteuer, eine Devisen- und/oder Finanztransaktionssteuer.
- Als ersten Schritt sollte sie eine verpflichtende **Abgabe auf Flugtickets** zur Finanzierung von Entwicklungsmaßnahmen einführen, wie es Frankreich und andere Länder bereits seit 2006 getan haben.
- Mittel aus der **Versteigerung von Emissionszertifikaten** müssen für entwicklungs- und klimapolitische Zwecke genutzt werden. Diese sollen zusätzlich zu den versprochenen 0,7 Prozent an ODA-Mitteln bereitgestellt werden und Entwicklungsländer bei der Anpassung an die Folgen des Klimawandels unterstützen.
- Die Bundesregierung soll sich dafür einsetzen, dass durch Neubewertung beziehungsweise Verkäufe der **Goldreserven des Internationalen Währungsfonds (IWF)** mehr Mittel zur Armutsbekämpfung bereitgestellt werden.
- Entwicklungsländer müssen bei der **Mobilisierung einheimischer Ressourcen** für Entwicklung, beispielsweise durch den Aufbau leistungsfähiger und gerechter Steuersysteme, unterstützt werden.
- Steuervermeidung und der Kapitalflucht muss ein Riegel vorgeschoben werden. Fast 500 Milliarden US-Dollar gehen Entwicklungsländern jährlich durch den Transfer in steuerfreie Finanzplätze („Steuroasen“) verloren. Ein energisches **Vorgehen der Staatengemeinschaft gegen Steuerflucht** ist dringend notwendig. Langfristig sollte eine internationale **UN-Steuerorganisation** zur Kooperation in Steuerfragen geschaffen werden.
- Es muss auf die Einführung einer internationalen **Mindeststeuer auf Unternehmensgewinne** gedrungen werden, um so der Steuervermeidung von Unternehmen wirksam zu begegnen.
- Die MDG-Umsetzung und die globalen Entwicklungsanstrengungen müssen regelmäßig, offen und wirkungsvoll überprüft werden. Dieses **Monitoring** soll von einem unabhängigen und demokratisch legitimierten internationalen Gremium gewährleistet werden.
- **Neue Geber**, zum Beispiel China oder Indien, müssen ihre Entwicklungsleistungen zur Armutsbekämpfung und MDG-Verwirklichung einsetzen. Sie müssen sich nachvollziehbaren Kriterien unterwerfen und in ein globales Monitoring einbezogen werden.

## 2

### **Mehr Demokratie und Bekämpfung von Korruption!**

**Ohne transparente und verantwortungsvolle Regierungsführung (Good Governance), ohne die Bekämpfung von Korruption und ohne ein effektives Steuersystem**

**laufen viele Entwicklungsanstrengungen ins Leere. Die Stärkung und Unterstützung der eigenen Anstrengungen von Entwicklungsländern ist deshalb eine gemeinsame Aufgabe aller Akteure in Nord und Süd.**

- Das Engagement gegen Armut, Ungerechtigkeit und Ausgrenzung muss als eine **menschenrechtliche Verpflichtung** aller Staaten und Regierungen begriffen werden. Die politischen und bürgerlichen sowie wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte aller Menschen (WSK-Rechte) müssen Maßstab aller Anstrengungen im Kampf gegen Armut sein.
- Die EZ muss ein besonderes Augenmerk auf die **Stärkung demokratisch legitimierter Institutionen** (Parlamente) auf nationaler und lokaler Ebene legen.
- Die aktive **Einbeziehung aller zivilgesellschaftlichen Gruppen**, insbesondere von armen Menschen, Frauen, Kindern, Jugendlichen, Vertretern von Minderheiten, Flüchtlingen oder kranken Menschen, in die Formulierung, Entscheidung und Umsetzung von Armutsbekämpfungsstrategien ist entscheidend für den Erfolg. Sie ersetzt aber nicht die Forderung nach einer Stärkung demokratisch legitimierter Institutionen.
- Gemeinsam gegen Korruption: Regierungen, Parlamente, Institutionen und zivilgesellschaftliche Gruppen müssen energische **Anstrengungen gegen Korruption** unternehmen, auch im privaten Sektor. Entsprechende nationale Aktionspläne müssen konsistent sein zu internationalen Anti-Korruptions-Vereinbarungen – beispielsweise der UN-Konvention gegen Korruption (UNCAC). Diese muss auch Deutschland umgehend ratifizieren.
- **Transparenz und Rechenschaftspflicht** ist entscheidend für die verantwortungsvolle Verwendung von Mitteln zur Armutsbekämpfung. Dazu sollten internationale Initiativen zur Rückführung veruntreuter öffentlicher Gelder und von Fluchtkapital (unter anderem die **Stolen Assets Recovery Initiative** von UN und Weltbank) unterstützt werden.

### 3

## **Ländliche Entwicklung fördern und Hunger bekämpfen!**

**Das Menschenrecht auf Nahrung ist in vielen Teilen der Welt nicht gewährleistet. Über 850 Millionen Menschen hungern oder sind unterernährt. Die Tendenz ist steigend. Maßnahmen zur weltweiten Ernährungssicherheit und zur Förderung ländlicher Entwicklung sind dringend nötig.**

- Die Bundesregierung muss in ihrer Entwicklungspolitik – in Kohärenz mit ihrer Handels-, Sicherheitspolitik und weiteren relevanten Politikfeldern – wirksame Beiträge zur weltweiten **Ernährungssicherung** leisten.
- Die **Förderung der ländlichen Entwicklung** muss angesichts weltweit steigender Nahrungsmittelknappheit und -preise sofort eine sehr viel größere Priorität erhalten. Die Ausgaben der deutschen EZ für Landwirtschaft müssen gesteigert werden.
- **Kleinbäuerliche Betriebe** müssen gezielt gefördert werden, durch landwirtschaftliche Beratung, Zugang zu Land, spezielle Kredite und politische Mitbestimmung. Frauen, die je nach Region zwischen 20 und 70 Prozent der landwirtschaftlichen Arbeitsleistung erbringen, müssen besondere Förderung erhalten, da sie infolge eines schlechteren Zugangs zu allen wichtigen Ressourcen, massiv benachteiligt sind.
- Die **Regierungen von Entwicklungsländern** müssen intensiv in den Aufbau landwirtschaftlicher Infrastruktur, in Bewässerungs- und Vermarktungssysteme sowie die Ausbildung von Kleinbauern und -bäuerinnen investieren.
- Entwicklungsländern müssen effektive **Schutzmechanismen** gegen überlegene ausländische Konkurrenz erlaubt sein. Subventionierte Agrarprodukte aus Industrieländern verdrängen heimische Produktion und führen zum Verlust von Arbeitsplätzen. Kleinbäuerliche Betriebe müssen, nach dem Prinzip der **Hilfe zur Selbsthilfe**, gezielt gefördert werden, um heimische Agrarprodukte effizient zu produzieren.

- Der Erhalt der **Biodiversität** in der ländlichen Entwicklung muss klaren Vorrang vor dem Ausbau industrieller Landwirtschaft haben. Nachhaltige Ernährungssicherung bedeutet **lokale Anbaupraktiken** und Produktionsweisen zu sichern und zu unterstützen. Patentiertes, standardisiertes und gentechnisch verändertes Saatgut sowie der Einsatz von Pestiziden führt zu neuen Abhängigkeiten und ist keine Lösung in der Bekämpfung von Hunger.
- Wichtiger Bestandteil einer gesicherten Ernährung ist der freie Zugang zu und die ausreichende Versorgung mit **Trinkwasser** und eine **sanitäre Grundversorgung** mit Toiletten und Abwassersystemen.

## 4

### Bildung für alle!

**Bildung ist ein grundlegendes Menschenrecht und ein Schlüssel zur Armutsbekämpfung. Sie trägt zur Gesundheitsförderung, zur Förderung eines friedlichen Miteinanders bei, und ist Motor für wirtschaftliches Wachstum.**

- Die Bundesregierung muss dem Thema **Grundbildung** größere Aufmerksamkeit schenken und ihre Entwicklungspolitik auf die Ziele der UN-Dekade „Bildung für eine nachhaltige Entwicklung“ ausrichten. Die im Jahr 2000 auf dem Weltbildungsforum in Dakar beschlossenen sechs Ziele des Aktionsplans „**Bildung für alle**“ und die darauf aufbauenden MDG 2 und 3 müssen konsequent umgesetzt werden.
- **Bildungsförderung** – und speziell die Förderung von Grundbildung – muss daher ein Schwerpunktthema innerhalb der deutschen EZ werden. Die Anzahl der Partnerländer mit dem Schwerpunktthema Bildung sollte erhöht werden; mit einem besonderen Fokus auf Afrika südlich der Sahara.
- Die Bundesregierung muss sich stärker an der **Finanzierung der Fast Track Initiative (FTI)** der Weltbank beteiligen: Bis zum Jahr 2010 sollte sie mindestens 52 Millionen Euro pro Jahr zum **FTI-Catalytic Fund** beitragen.
- Mädchen- und Frauenfördermaßnahmen in Bezug auf **Ausbildungs- und Berufseinstiegschancen** müssen ausgebaut und aufgestockt werden, insbesondere im informellen Bereich.

## 5

### Gesundheit für jeden!

**In vielen Ländern, besonders in Afrika, verursachen Epidemien wie HIV/AIDS, Malaria und Tuberkulose großes menschliches Leid und bilden ein schwerwiegendes Entwicklungshemmnis. Gesundheitssysteme in den armen Ländern sind wenig ausgebaut und chronisch unterfinanziert. Der gesundheitsbezogene Anteil der Entwicklungszusammenarbeit muss steigen, um die MDG bis 2015 umzusetzen.**

- Die Bundesregierung soll die **Ausbildung einer ausreichenden Zahl von Gesundheitsfachkräften** und ihre angemessene Bezahlung in Entwicklungsländern unterstützen. Um die gesundheitsbezogenen MDG zu erreichen, müssen außerdem Krankenhäuser und Gesundheitszentren in den Entwicklungsländern **gezielt ausgebaut** werden. Vorgaben, zum Beispiel von der Weltbank und dem Internationalen Währungsfonds (IWF), dürfen den Ausbau des lokalen Gesundheitssektors nicht begrenzen.
- Die Geberländer müssen die weit über 100 globalen Gesundheitsinitiativen entschlossen **koordinieren**, um die Gesundheitssysteme in den Partnerländern zu stärken und die Planungssicherheit für die Empfänger zu erhöhen.
- Deutschland muss sich angemessen an der Bereitstellung von zusätzlichen Finanzmitteln für wirksame **HIV-Präventionsprogramme und eine menschenwürdige Versorgung**

der Betroffenen beteiligen. Durch die deutliche Erhöhung des deutschen Beitrags zum „Globalen Fonds zur Bekämpfung von HIV/AIDS, Tuberkulose und Malaria“ (GFATM) kann die Finanzierung tragfähiger Programme gewährleistet werden.

- Die Bundesregierung muss den „Handlungsrahmen für Kinder in einer Welt mit AIDS“ aktiv umsetzen und mehr Ressourcen für die Versorgung von betroffenen **Kindern** bereitstellen.
- **Frauen** sind von HIV und AIDS besonders betroffen. Die Bundesregierung muss deshalb mehr Ressourcen in Hinblick auf eine zunehmende Feminisierung von HIV/AIDS bereitstellen. Außerdem muss sie sich stärker für den Schutz des sexuellen Selbstbestimmungsrechts von Frauen einsetzen.
- Die **pharmazeutische Industrie** muss Medikamente zur HIV-Behandlung und multiresistenter Tuberkulose (MDR-TB) in ärmeren Ländern zum reinen Produktionskostenpreis abgeben und darf die Länder nicht an der Ausübung von Zwangslizenzen und Parallelimporten hindern. Die Pharmaindustrie kann zu einer Preissenkung beitragen, indem sie freiwillige Lizenzen an Generika-Firmen vergibt oder auf die Durchsetzung ihrer **Patentrechte verzichtet**.
- Alle Menschen in Risikogebieten müssen Zugang zu wirkungsvoller **Malaria**-Prävention und medikamentöser Behandlung haben. Hierfür müssen die entsprechenden finanziellen Mittel bereitgestellt werden.
- Seit Mitte der 90er Jahre hat sich die Zahl der **Tuberkulose**-Kranken mehr als verdreifacht. Der Zugang zu Prävention und Behandlung muss allen Erkrankten ermöglicht werden. Die Bundesregierung muss Programme unterstützen, mit denen die Ausbreitung der Tuberkulose in den armen Bevölkerungsschichten gestoppt werden kann.
- Für den Kampf gegen HIV/AIDS, Tuberkulose und Malaria ist die **Entwicklung neuer Medikamente und Impfstoffe** notwendig. Die Bundesregierung muss sich mehr in der Forschung und Entwicklung innovativer Gesundheitsmechanismen engagieren.

## 6

### Mehr Gerechtigkeit im Welthandel!

Die Industrieländer müssen in den Verhandlungen der Welthandelsorganisation (WTO) auf einen weiteren Liberalisierungsdruck verzichten. Stattdessen sollen die entwicklungspolitischen Interessen der Länder des Südens stärker einfließen. Mehr Gerechtigkeit im Welthandel erfordert eine Kehrtwende in der europäischen Handels- und Agrarpolitik!

- Als ersten Schritt zur Erfüllung der MDG sollte die EU ihre fortgesetzten **Agrarsubventionen** in Milliardenhöhe bis 2009 vollständig streichen.
- Die Bundesregierung muss sich für **gerechte Welthandelsregeln** auf allen Ebenen einsetzen. Diese müssen eine armutsorientierte Handels- und Wirtschaftspolitik unterstützen, im Einklang mit den Menschenrechten stehen und die internationalen Vereinbarungen des Umweltschutzes respektieren. **Unfaire Praktiken der Industriestaaten** gegenüber den ärmeren Ländern, wie Exportsubventionen im Agrarbereich, Zolleskalation, strikte Patentregelungen für lebenswichtige Medikamente, müssen umgehend beendet werden.
- Die Bundesregierung soll sich dafür einsetzen, dass die **aggressive Politik der Öffnung von Dienstleistungsmärkten** in den Schwellen- und Entwicklungsländern korrigiert wird.
- Die Bundesregierung muss sich für eine Flexibilisierung des **TRIPS-Abkommens** einsetzen, damit Patente und andere Rechte an geistigem Eigentum nicht zu Entwicklungsbarrieren für die Länder des Südens werden.
- Die Bundesregierung muss sich für internationale Handelsregeln stark machen, welche die Ziele und Regeln multilateraler **Umweltabkommen** unterstützen, anstatt sie zu konterkarieren. Dies gilt insbesondere für die UN-Klimarahmenkonvention (UNFCCC) und die UN-Konvention über die biologische Vielfalt (CBD).

- Entwicklungsländer müssen ihre **Märkte vor überlegener ausländischer Konkurrenz schützen** können. Die Bundesregierung soll das Recht von Entwicklungsländern anerkennen, den Zugang ausländischer Investoren zu regulieren, so dass Entwicklung gefördert und menschenwürdige Arbeitsplätze geschaffen werden können.
- Die Regierungen und die Privatwirtschaft müssen sich für die praktische Umsetzung der internationalen **Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO)** sowie sozial-ökologischer Grundsätze weltweit einsetzen. Das beinhaltet beispielsweise eine faire Vergütung der Beschäftigten, soziale Sicherungsmaßnahmen, keine Diskriminierung am Arbeitsplatz und Gewerkschaftsfreiheit.
- **Öffentliche Aufträge** dürfen nur an Unternehmen vergeben werden, wenn sie und ihre Zulieferer nachweislich die Menschenrechte sowie die sozialen und ökologischen Normen respektieren. Zudem müssen sie ihre Berichtspflichten vollständig erfüllen.
- Bei Verstößen gegen diese Regeln müssen Unternehmen mit **Sanktionen** belegt werden können. Es müssen internationale Strukturen geschaffen werden, damit Staaten Unternehmen grenzüberschreitend kontrollieren und Sanktionen durchsetzen können.
- Die Bevölkerung der Länder, die weitgehend vom Rohstoffexport abhängig sind, muss von den Export-Einnahmen profitieren. Dazu müssen die verantwortlichen Regierungen verbindliche Regelungen treffen und umsetzen. Die freiwilligen Selbstverpflichtungen der **Initiative zur Verbesserung der Transparenz in der Rohstoffindustrie (EITI)** muss in völkerrechtlich verbindliche Vereinbarungen überführt und konsequent in nationales Recht umgesetzt werden.
- **Handelspolitische Entscheidungen in Deutschland** müssen demokratischer und transparenter gestaltet werden. Eine frühzeitige und stärkere Beteiligung des Deutschen Bundestags und der Zivilgesellschaft ist unabdingbar. Instrumente der deutschen Außenwirtschaftsförderung müssen sich an sozialen, ökologischen und menschenrechtlichen Kriterien orientieren.

# 7

## Schulden streichen!

**Gläubiger haben den ärmsten Ländern, aber auch Irak und Nigeria, Teilschuldenerlasse gewährt. Dies ist auch ein Erfolg der weltweiten Entschuldungsbewegung. Trotzdem haben noch immer viele Entwicklungsländer an den Auslandsschulden schwer zu tragen. Das sind die Länder, die gar nicht in die Entschuldungsinitiativen einbezogen wurden, oder bereits entschuldete Länder, die erneut als Kreditnehmer auf den Kapitalmärkten auftreten müssen. Nur weitreichende strukturelle Reformen der internationalen Finanzarchitektur können dem entgegenwirken.**

- Die Schuldentragfähigkeit der verschuldeten armen Länder muss **unabhängig beurteilt** werden. Die zur Umsetzung der MDG notwendigen Mittel müssen unabhängig von den legitimen Ansprüchen der Gläubiger sein (Existenzminimum für Staaten).
- Hoch verschuldeten Ländern muss, wenn das Ziel einer tragfähigen Verschuldung es erfordert, ein **umfassender Schuldenerlass** gewährt werden.
- **Illegitime Schulden**, wie beispielsweise aus Kriegskrediten und Krediten an Diktatoren, müssen analog zum norwegischen Vorbild ersatzlos gestrichen werden. Die Bundesregierung muss sich aktiv an der Diskussion um die kohärente Definition von illegitimen Schulden beteiligen.
- Durch Schuldenerlasse **freiwerdende Mittel müssen zur Armutsbekämpfung** verwendet werden. Innovative Schuldenumwandlungen wie die **Debt2Health**-Initiative sollen ausgebaut werden.
- Entschuldungsverfahren müssen der Verantwortung von Weltbank und IWF – die gleichzeitig Gläubiger sind – entzogen und stattdessen einer unparteiischen Instanz anvertraut werden. Zur dauerhaften Prävention sollte **ein faires und transparentes Schiedsverfahren** - Internationales Insolvenzverfahren - für alle überschuldeten Länder geschaffen werden.

# 8

## Rolle der Frauen stärken und Geschlechtergerechtigkeit schaffen!

Geschlechtergerechtigkeit ist eine zentrale Voraussetzung für die Überwindung der weltweiten Armut. Die Umsetzung des dritten MDG liegt aber immer noch in weiter Ferne. Weltweit sind Frauen am meisten von Armut betroffen. Sie tragen die Hauptverantwortung für die gesundheitliche Grundversorgung, die Kindererziehung und die Ernährungssicherheit. Ein Grund für die Armut von Frauen ist neben der ökonomischen Benachteiligung auch ihr mangelnder Zugang zu Macht- und Entscheidungspositionen. Zur Überwindung der Armut müssen daher Maßnahmen auf sozialer, kultureller, ökonomischer und politischer Ebene getroffen werden:

- Entwicklungspolitische Maßnahmen müssen stärker **Aspekte der Geschlechterungleichheit** einbeziehen. Anzuknüpfen ist hierbei an das UN-Frauenrechtsabkommen (CEDAW) sowie die Pekinger Aktionsplattform aus dem Jahr 1995.
- Zur Umsetzung von Geschlechtergerechtigkeit muss die Genderperspektive systematisch als **Querschnittsthema auf allen politischen Ebenen** integriert werden. Frauenarmut kann nur bekämpft werden, wenn auch die Auswirkungen von Wirtschafts-, Finanz- und Handelspolitiken auf Frauen berücksichtigt werden. Geschlechtergerechtigkeit kann zudem nur durch eine gezielte Stärkung von Frauen erreicht werden: **Gender Mainstreaming** und die gezielte Förderung von Frauen müssen daher als komplementäre Instrumente verstanden werden, deren ausreichende Finanzierung gleichermaßen gewährleistet sein muss.
- Die deutsche Entwicklungspolitik muss die **ökonomischen Rechte von Frauen** stärken. Die Bundesregierung muss **die Rolle von Frauen in Konflikt- und Postkonfliktsituationen** stärker in ihre Friedens- und Sicherheitspolitik einbeziehen und entsprechend der UN-Resolution 1325, die Prävention geschlechtsspezifischer Gewalt und die Teilnahme von Frauen an der Friedensförderung stärken.
- Bei der Reform der EZ muss sichergestellt werden, dass insbesondere Frauen von einer stärkeren Wirksamkeit entwicklungspolitischer Maßnahmen profitieren. Die Umsetzung der **Paris Declaration on Aid Effectiveness** muss daher von **Mechanismen der Wirkungsanalyse** begleitet sein, die eine Überprüfung von Fort- und Rückschritten bei der Gleichstellung der Geschlechter zulassen.

# 9

## Auswirkungen des Klimawandels stoppen!

Arme Menschen in den Entwicklungsländern sind am meisten von den Auswirkungen des Klimawandels betroffen. Die globale Erwärmung wirkt sich vor allem verheerend auf die Nahrungs- und Wasserversorgung aus. Die Bundesregierung muss deshalb die Verhandlungen zu einem Post-2012-Klima-abkommen auf Basis der folgenden Ziele führen:

- Die Bundesregierung muss sich international auf allen relevanten Ebenen für eine **Klimapolitik zur Abwendung eines gefährlichen Klimawandels** engagieren. Das bedeutet, der globale Temperaturanstieg darf zwei Grad nicht übersteigen. Zudem muss der Ausstoß von Treibhausgasen in den Industrieländern bis 2020 um 30 Prozent gesenkt werden. In Deutschland müssen die Emissionen um 40 Prozent gesenkt werden. Insgesamt muss die weltweite Reduktion der Treibhausgase im Vergleich zu 1990 bis 2050 um 80 Prozent gesenkt werden. In prosperierenden Wirtschaftsländern wie China und Indien müssen Maßnahmen zum Klimaschutz unterstützt werden. Zudem muss der Entwaldung tropischer Regionen der Kampf angesagt werden.
- Als Hauptverursacher des gefährlichen Klimawandels müssen die Industrieländer ihre Verantwortung dafür übernehmen. Die von Klimarisiken am meisten betroffenen Staaten

und Bevölkerungsgruppen haben Anspruch auf eine stärkere Unterstützung bei der **Bewältigung der Anpassungskosten**, die nach heutigem Wissen im zweistelligen Milliardenollar-Bereich liegen. **Innovative Finanzierungsmechanismen** können Anreize für Emissionsvermeidung in den Industrieländern setzen, wie dies beispielsweise bei dem Verkauf von Emissionszertifikaten der Fall ist.

- Es müssen ernsthafte Anreize für kohlenstofffreie oder zumindest kohlenstoffarme Investitionen geschaffen werden, ohne dabei auf die gefährliche Scheinalternative der Atomenergie zu setzen.
- Der **Ausbau von erneuerbaren Energien** muss, etwa durch die Weltbank, stärker gefördert werden und absoluten Vorrang vor klimaschädlichen Energieträgern haben.
- Die **Biokraftstoffstrategie** der EU darf nicht so ausgelegt werden, dass sie auf Importen basiert. Derzeit ist es nicht möglich, eine ökologisch und sozial nachhaltige exportorientierte Produktion in Entwicklungsländern zu realisieren. Die Auswirkungen einer solchen Politik gehen eindeutig zu Lasten der lokalen Ernährungssicherung und der kleinbäuerlichen Landwirtschaft. Dringend erforderlich ist eine Gesamtstrategie der EU zur klima- und flächeneffizienten Produktion von Biomasse. Diese muss das Recht auf Nahrung respektieren, die kleinbäuerliche Landwirtschaft fördern, die Zerstörung ökologisch wertvoller und sensibler Gebiete, wie Regenwälder, Savannen, und Feuchtgebiete, verhindern und zu einer deutlich positiven Gesamtklimabilanz führen.

## 10

### Frieden und Sicherheit schaffen!

Frieden und die Sicherheit der Menschen sind unabdingbare Voraussetzungen für Entwicklung und Armutsbekämpfung. Kriege und gewaltsame Auseinandersetzungen wirken sich immer negativ auf Entwicklungsprozesse aus. Wenn es aber gelingt, Hunger, Armut und Ausgrenzung auf der Welt zu bekämpfen und Globalisierung gerechter zu gestalten, kann es zu einer „**Friedens- und Entwicklungsdividende**“ für alle Menschen kommen. Die Förderung „menschlicher Sicherheit“ im umfassenden Sinn, das Engagement für menschliche Entwicklung und die Stärkung der Menschenrechte, müssen sich ergänzen. Anders als in der Millenniumserklärung wird in den MDG die Bedeutung der Zusammenhänge zwischen Armutsbekämpfung und Krisenprävention nur unzureichend erkannt. Es fehlen konkrete Zielvorgaben.

- EZ und humanitäre Hilfe dürfen **nicht im „Windschatten militärischer Interventionen“ instrumentalisiert** werden, um diese zu unterstützen, zu flankieren oder zu legitimieren.
- Das Missverhältnis von **Ausgaben für militärische und zivile Zwecke** im Bundeshaushalt muss in ein ausgewogenes Verhältnis gebracht werden, zum Beispiel im Fall von Afghanistan. Für den zivilen Aufbau müssen deutlich mehr Mittel zur Verfügung gestellt werden, um die Abkehr vom Primat des Militärischen deutlich widerzuspiegeln.
- Militärische Krisenbewältigung ist keine Lösung: Bei akuten Konflikten müssen die Instrumente der **zivilen Konfliktbearbeitung** in der Außen- und Entwicklungspolitik gezielt und rechtzeitig eingesetzt werden.
- Die Bundesregierung muss **Präventionsstrukturen und -mechanismen** auf regionaler und nationaler Ebene verstärkt fördern. In der internationalen Diskussion muss die Bundesregierung dazu beitragen, das Konzept der „Schutzverantwortung von Staaten“ (**responsibility to protect**) weiterzuentwickeln zu einem Konzept der Verhinderung von Unsicherheit (**responsibility to prevent**).
- Die Bundesregierung muss sich dafür einsetzen, dass das internationale **Waffenhandelskontrollabkommen** (ATT) einen völkerrechtlich verbindlichen Kriterienkatalog für eine restriktive Genehmigungspraxis von Rüstungstransfers enthält, um Menschenrechtsverletzungen und Verstößen gegen das humanitäre Völkerrecht entgegenzuwirken.

**DEINE STIMME GEGEN ARMUT**



[www.deine-stimme-gegen-armut.de](http://www.deine-stimme-gegen-armut.de)



[www.myspace.com/deinestimmegegenarmut](http://www.myspace.com/deinestimmegegenarmut)